

empirica

Forschung und Beratung

Kurfürstendamm 234
10719 Berlin

Tel. (030) 88 47 95-0
Fax (030) 88 47 95-17

www.empirica-institut.de
berlin@empirica-institut.de

Download: <http://www.empirica-institut.de/kufa/empi116rb.pdf>

**Expertise „Lebensökonomie als (mögliches) Leitbild
einer nachhaltigen Familienpolitik“**

– Kurzfassung –

im Auftrag des

Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ansprechpartner:

Ulrich Pfeiffer und Dr. Reiner Braun

Projektnummer: 24174
Berlin, April 2005

Inhaltsverzeichnis

1. Die Armut an Kindern	1
2. Lebensökonomie und Familienpolitik	1
3. Folgerungen	6

Abbildungsverzeichnis

ABBILDUNG 1: KONSUMPOTENTIAL VON AKADEMIKERN – KINDERLOSE VS. FAMILIEN	3
ABBILDUNG 2: KONSUMPOTENTIAL VON ARBEITERHAUSHALTEN – KINDERLOSE VS. FAMILIEN	4
ABBILDUNG 3: KONSUMPOTENTIAL VON AKADEMIKERFAMILIEN – ZEITLICH OPTIMIERTE BIOGRAPHIE	5

1. Die Armut an Kindern

Zehn Deutsche bekommen seit etwa 30 Jahren nur sechs Kinder und würden nur noch drei bis vier Enkel haben, wenn sich die Geburtenrate nicht deutlich steigert. Das wäre eine Dauerkrise mit den Überschriften: Altersarmut, Pflegenotstand, abnehmende Fähigkeiten zum Strukturwandel, Veralterung des Wissens, Verlust der Wettbewerbsfähigkeit u.a. durch Braindrain. Gleichzeitig lahmte die Wirtschaft, steigt die Arbeitslosigkeit seit der Ölkrise und trieb die Interessentendemokratie die Staatsschuld in die Höhe (mehr als 60 % des Bruttoinlandsprodukts). Deutschland braucht zur Sicherung von Sozialstaat und privatem Wohlstand eine innere Entwicklungsstrategie, in der eine breit angelegte Familienpolitik eine Schlüsselrolle übernehmen muss. Es geht um mehr als großzügiges Kindergeld. In einer immer zeitärmeren Welt, die Flexibilität erwartet, werden die zeitlichen Beanspruchungen durch Kinder immer härter empfunden. Leider bleiben diese dank unzulänglicher staatlicher Rahmenbedingungen auch eine Behinderung im Berufsleben. Auch Wertvorstellungen nach mehr Autonomie und individueller Gestaltung des eigenen Lebens geraten in einen schon fast kulturellen Widerspruch zu den Ansprüchen einer Familiengründung. Selbstverwirklichung geht oft auch zu Lasten des Kinderwunschs. Reiche individualistische Wohlstandsgesellschaften mit wachsenden Qualifikationen der Erwerbstätigen werden bei Benachteiligung der Familien gegenüber Kinderlosen so zu Gesellschaften der Armut an Kindern. Die gewollte Emanzipation der Frauen, die sie in der Männerwelt konkurrenzfähig machen sollte, treibt gerade qualifizierte Mütter in eine Überforderung. Die parallele Emanzipation der Männer kam nur in Trippelschritten voran. In einem säkularen Prozess entstand eine regelrechte Familienfalle. Das New York Magazin beschrieb diese Entwicklung schon vor Jahren unter der Formulierung „The two husband family“, in der Mann und Frau ähnliche Einkommen aus ähnlichen Positionen erreichen. Sie muss auch zur Two-Mother-Family werden, weil sonst die Frauen der „Familienfalle“ kaum entrinnen können. Die Zeit drängt, denn erstmals wünschen sich Frauen in Deutschland im Alter von 20-34 Jahren statt wie bisher 2-3 nur noch 1,7 Kinder. Kinderlosigkeit erscheint vielen nicht mehr als Unglück oder Mangel. Familienpolitik als Geburtenpolitik fährt damit künftig gleichsam bergauf. Sie muss dabei allen einhämmern: Nur die Einzelnen können bei der Gründung einer Familie wählen und sich dagegen entscheiden. Die Gesellschaft insgesamt kann nicht für Mangel an Kindern optieren. Sie muss sich ein neues Wertesystem und eine faire Lebensökonomie schaffen, damit gerade ihre erfolgreichen Mitglieder die Spielregeln intergenerativer Weiterentwicklung und Stabilität erfüllen und Familien gründen.

2. Lebensökonomie und Familienpolitik

Die Gesamtkosten, die von den Eltern für Kinder aufgebracht werden, belaufen sich auf rd. 180 Mrd. €. Davon sind rd. 95 Mrd. € direkte Kosten und rd. 85 Mrd. € indirekte Kosten – insbe-

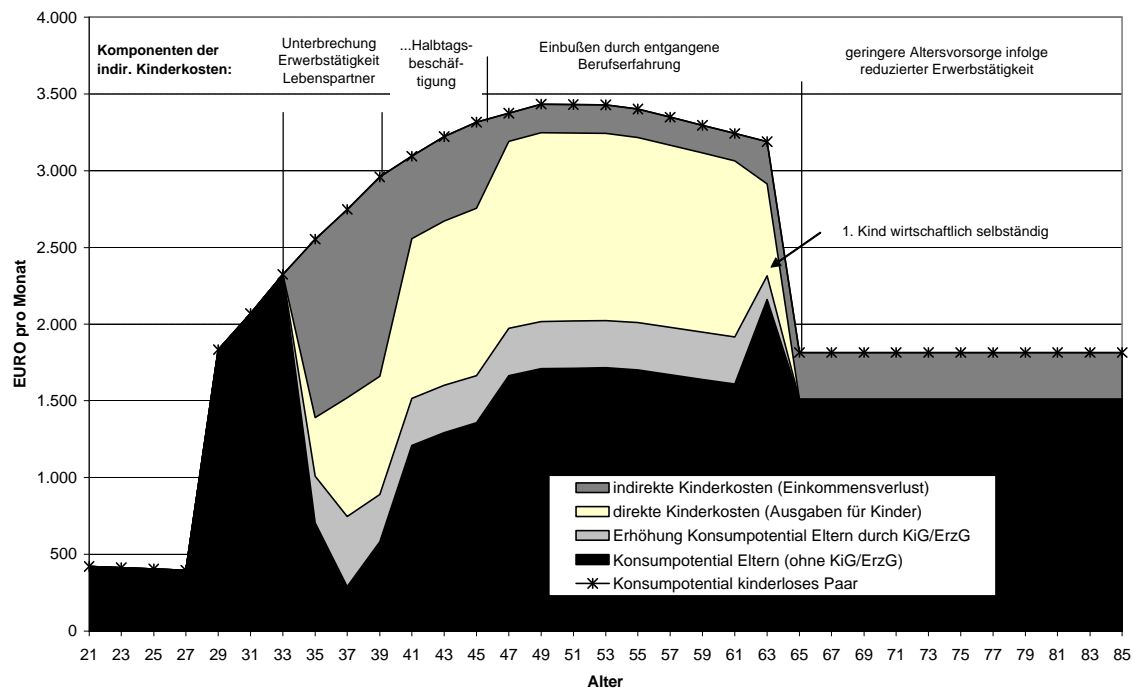
sondere die Einkommenseinbußen der Mütter. Dem stehen „treffsichere“ Familienförderungen in Höhe von 50 Mrd. € gegenüber. Die Familien tragen damit den weit größeren Teil der Lebenshaltungskosten. Diese Zahlen markieren eher Untergrenzen. Andere Schätzungen kommen zu höheren Ergebnissen. Ein Beispiel: Kinderfreibeträge können dann nicht als Subvention gelten, wenn das für Kinder verwendete Einkommen zu einem großen Teil nicht als Einkommen der Eltern gilt und deshalb nicht besteuert werden darf. Eltern sind sicherlich bereit, Aufwendungen zu Gunsten ihrer Kinder zu tragen. Allerdings erbringen sie eine immer teurer und knapper gewordene Leistung für die Gesellschaft. Der Anteil der von den Eltern zu tragenden Kosten muss deshalb in einer politischen Grundsatzentscheidung bestimmt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Kinder aus der Sicht der Gesellschaft zu einer immer knapper werdenden Investition geworden sind, deren Finanzierung den Eltern aus dringendem Interesse der Gesellschaft z.T. abgenommen werden muss. Nicht die Belastbarkeit der Eltern, sondern die Knappheit an Kindern muss die Maßstäbe für die Mitfinanzierung liefern.

Fast noch kritischere Einsichten gewinnt man, wenn man den ökonomischen Lebenszyklus oder die Lebensökonomie typischer Haushalte abbildet. Die Lebensökonomie umfasst sämtliche Entscheidungen über Familienbildung, Ausbildung, Erwerbsbeteiligung, familienpolitische Transfers und Vermögensbildung und zeigt die Entwicklung von Einkommen, Konsum (Kinder/Eltern), Sparen und Steuern/Abgaben sowie die Opportunitätskosten für verschiedene Haushaltstypen im Laufe ihres Lebens. Unsere Modellannahmen sind empirisch abgesichert und repräsentieren relevante Fälle.

Wir vergleichen die Wirkungen staatlicher Politik bei Alleinerziehenden und Zweikinderfamilien. Die direkten Bruttokosten für die Kinder (Barwerte) schwanken zwischen rd. 74.000 € (indirekte Kosten 63.000 €) bei einer allein erziehenden Arbeiterin und 267.000 € bei einem Akademikerpaar mit zwei Kindern (indirekte Kosten 204.000 €). Weit geringer ist die entsprechende Bandbreite der staatlichen Hilfen, die bei Alleinerziehenden bis rd. 71.000 € für ein Kind reichen, um bei dem Akademikerehepaar auf 68.000 € abzusinken. Unter den allerdings typischen Annahmen werden die Kinderkosten bei einer allein erziehenden Arbeiterin weitgehend vom Staat getragen. Die gesamten Kinderkosten bewegen sich bei einer „Normalfamilie“ mit zwei Kindern im Rechenbeispiel zwischen 225.000 € (Arbeiterhaushalt) und rd. 405.000 € (Akademikerhaushalt mit hohem Einkommen). Dabei sind keine Geldwerte für die Freizeiteinbußen bei den Eltern enthalten.

Die folgende Abbildung 1 verdeutlicht den zeitlichen Verlauf aus Sicht der Eltern. Verglichen wird ein Konsumpotential der Eltern (Resteinkommen nach Abzug von Steuern, Abgaben, Kinderkosten und Wohnkosten zuzüglich der direkten Unterstützungen für die Kinder) mit dem Konsumpotential von kinderlosen Paaren (markierte Linie).

Abbildung 1: Konsumpotential von Akademikern – Kinderlose vs. Familien



Quelle: Berechnungen mit dem Simulationsprogramm <Lebensökonomie>

empirica

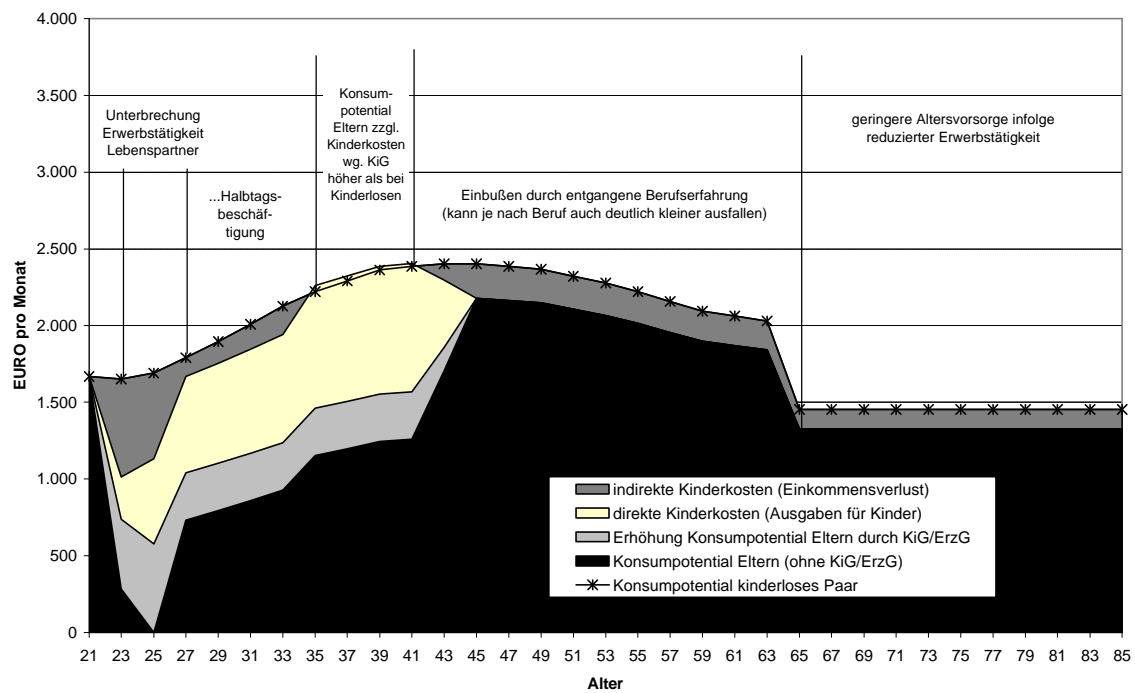
Hier sind die Unterschiede – um nicht zu sagen Ungerechtigkeiten – besonders drastisch. Anfangsgehalt des Mannes (brutto) 2.500 €/Monat. Für die Frau ergeben sich durch kinderbedingte Erwerbsunterbrechungen lebenslange Einkommensminderungen (dunkelgraues Feld). Die Ausgaben für Kinder – also die direkten Kinderkosten – sind proportional zum verfügbaren Einkommen (Nettoerwerbseinkommen zzgl. Kindergeld/Erziehungsgeld¹); alle Größen sind real (1 % Wachstum), ohne Inflation.

Der Vergleich: Die obere Linie in der Grafik markiert das Konsumpotential des kinderlosen Paares. Deutlich reduziert und nur geringfügig verbessert durch Familienhilfen bleibt die schwarze Fläche des Konsumpotentials der Paare mit Kindern wegen der direkten Kinderkosten (gelbe Fläche) und der Einkommensminderungen der Frau (dunkelgraue Fläche). Die Grafik lässt unmittelbar erkennen, wie lange die Perioden massiver Benachteiligungen reichen. Selbst im Rentenalter bleibt der Lebensstandard trotz staatlicher Hilfen reduziert. Bei Akademikern mit hohem Einkommen kann man oft nicht von Familienhilfen sprechen sondern nur von Minderung der Einkommensausfälle. Im wirtschaftlichen Ergebnis tragen die einkommensstärkeren Familien ihre Kinderkosten meist zu 100 % allein. Rechnet man die Mehrwertsteuerzahlungen für die Konsumausgaben der Kinder ein, dann ist die Kinderbilanz gegenüber dem Staat negativ. Aus der Darstellung wird unmittelbar deutlich, dass zeitliche Entlastungen (Kinderbetreuung), die es den Eltern ermöglichen würden, ihre Berufstätigkeit weniger einzuschränken, gerade bei Hochverdienern z.T. wichtiger wären als die direkten finanziellen

Hilfen. Auch großzügige Anerkennung von Kinderbetreuungskosten als Werbungskosten hätten in vielen Fällen einen weit größeren Effekt als Transferzahlungen.

Die Bilanz gegenüber dem Staat ist bei Haushalten mit niedrigen Einkommen deutlich günstiger. Hier wird der Charakter der bisherigen Familienpolitik als Sozialpolitik besonders sichtbar.

Abbildung 2: Konsumpotential von Arbeiterhaushalten – Kinderlose vs. Familien



Quelle: Berechnungen mit dem Simulationsprogramm <Lebensökonomie>

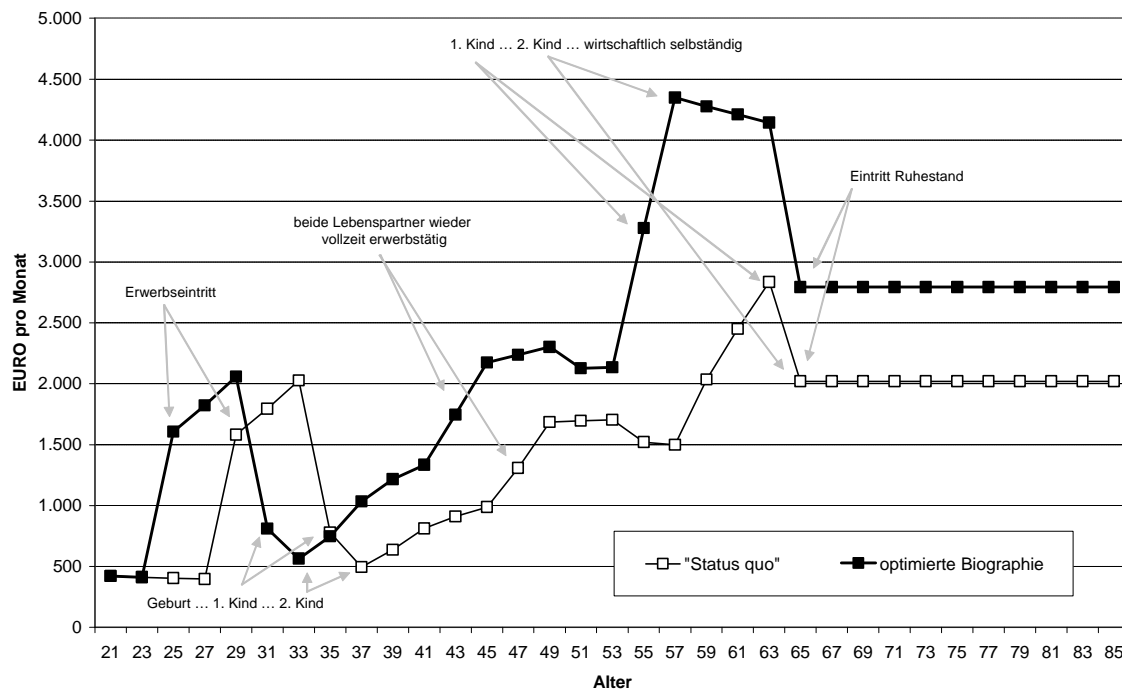
empirica

Abbildung 2 folgt der gleichen Logik wie beim Vergleich der Akademikerhaushalte. Anfangsgehalt (brutto) männliche Arbeiter 1.700 €Monat. Als Folge von Erwerbsunterbrechung sind alle folgenden Monatslöhne permanent reduziert. Das Konsumpotential des Akademikerpaares mit zwei Kindern ist z.T. geringer als das Konsumpotential des kinderlosen Arbeiterpaares.

Sehr deutliche Auswirkungen haben zeitlich verbesserte Erwerbsbiographien insbesondere für Akademikerpaare. Abbildung 3 zeigt das Ergebnis eines um vier Jahre früheren Erwerbsbeginns, der Familiengründung und als Folge auch des Erwerbs von Wohneigentum.

¹ Unabhängig vom Einkommen wird jeweils nur Kindergeld und kein Kinderfreibetrag berücksichtigt.

Abbildung 3: Konsumpotential von Akademikerfamilien – zeitlich optimierte Biographie



Quelle: Berechnungen mit dem Simulationsprogramm *«Lebensökonomie»*

empirica

Die Verkürzung der Ausbildung und das Vorziehen der Geburten von Kindern hätte zur Folge, dass ein ständig deutlich höheres Konsumpotential entsteht. Die frühere Entschuldung und der frühere Auszug der Kinder führen im Beispiel ab 54 zu einem sprunghaft ansteigenden höheren Lebensstandard und ermöglichen erheblich erhöhtes Alterssicherungssparen. Zusammen mit der längeren Spardauer steigen die Alterseinkommen der Zeitoptimierer um rd. 1.800 € pro Monat. Die Elterngeneration gewinnt doppelt, weil Kinderkosten früher entstehen und die Kinder die Familie auch früher verlassen. Die prekäre Lage der Familien macht diese „anfälliger“ für die ungünstige Verwendung von Lebenszeit durch überlange Ausbildungen. (Durchschnittsalter der Studierenden im 1. Hochschulsemester im Studienjahr 2003/04 22,1 Jahre, Durchschnittsalter bei bestandener Prüfung an Hochschulen 2003 30,4 Jahre, Alter bei Beginn der Lehre 19,3 Jahre, noch 1970 16,6 Jahre)

Die Rechnungen zeigen, in welchem Ausmaß die Familien mit mehreren Kindern Leistungen für die Gesellschaft erbringen, während rd. ein Drittel kinderlos bleiben und dadurch massiv profitieren. Hinzu kommt, dass die Familien mehr Vermögen insbesondere in Form von Eigenheimen bilden, die dann vererbt werden. Auch ein hoher Teil der Pflegeleistungen wird zwischen den Generationen innerhalb der Familien erbracht. Die Gesamtheit dieser Leistungen ist noch nie zusammengefasst dargestellt worden. Jede andere Gruppe würde angesichts solcher Benachteiligungen aus dem ständigen Demonstrieren nicht mehr herauskommen. Die Familien erweisen sich demgegenüber als erstaunlich leidensfähig.

Eine wirksame Ausgleichspolitik erfordert zunächst, dass die Dimensionen der Benachteiligungen anerkannt werden. Noch immer wird die Ungleichbehandlung trotz jüngster Verbesserung zwischen Kinderlosen und Eltern verdrängt. Nach wie vor begegnet man einer Verweigerung gegenüber der horizontalen Gerechtigkeit. Einfache Beobachtung zeigen dagegen, wie sehr vor allem Kinderlose mit hohem Einkommen in unserer Gesellschaft bevorzugt werden. Sonderlasten, die von den Eltern in unterschiedlicher Höhe getragen werden, müssen auch bei Eltern mit hohem Einkommen ausgeglichen werden. In der gesamten Breite der Familienpolitik bestehen hier noch massive Lücken.

3. Folgerungen

Familienpolitik muss stärker Gleichstellungspolitik zwischen Eltern und Kinderlosen werden. Familienpolitik als Sozialpolitik geht in der Bedeutung zurück. Dies gilt vor allem beim Abbau der Arbeitslosigkeit. Deshalb muss künftig der Ausgleich der zeitlichen Überbeanspruchung und der verringerten Lebenseinkommen durch Einschränkung der Erwerbstätigkeit oder nachteilige Karrieren im Mittelpunkt stehen. Die in der Vergangenheit praktizierte Konzentration auf das Kindergeld führt in eine Sackgasse.

Der Ausgleich der zeitlichen Entlastung ist noch immer zu gering. Er könnte durch mehr Kinderbetreuung und steuerlich begünstigten Zukauf von Diensten verbessert werden. Der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen zielt auf den Kern des jetzigen Problems.²

Eine freiere Gestaltung der Lebensökonomie erfordert auch ausreichende Kinderfreibeträge, um die direkten Kinderkosten auf ein erträgliches Maß zu reduzieren und durch die Anerkennung relevanter Werbungskosten. Der Maßstab kann nicht einfach aus subjektiven Gerechtigkeitspostulaten abgeleitet werden. Motto: Die Reichen können sich Kinder selbst leisten. Es geht um die Wirksamkeit der Politik. Die Gesellschaft hat ein massives Interesse daran, dass ihre wichtigste Investition nicht weiterhin zu gering bleibt. Familienförderung/Elternförderung als Zukunftsinvestition ist erst dann ausreichend, wenn Kinder weniger knapp geworden sind. Die klassische aber dogmatische Kritik, die Kinder der Reichen dürfen den Staat nicht mehr wert sein als die Kinder der Armen, zeugt von einem völligen Unverständnis für die Lebensökonomie der Familien. Die Grafiken zur Lebensökonomie machen

² Oberflächliche Befragungen, nach denen fehlende Partner der Hauptgrund für Kinderlosigkeit sind, haben so geringe Relevanz, weil sie im Kontext nicht verdeutlichen. In einer Gesellschaft, in der Familiengründung als zentrales Ziel der Partnerschaft häufig in den Hintergrund tritt, fehlen diesen Partnerschaften der langfristige Fokus und die Bindung durch lebenslang wirkende Ziele und Verpflichtungen. Partnerschaften als subjektive Glücksgemeinschaften sind instabiler. Die daraus resultierenden Erfahrungen führen nicht zur hinreichenden Sicherheit, die für eine Familiengründung erforderlich sind. Deshalb ist es richtig, die Belastungen aus der Familiengründung zu reduzieren, der Risikofurcht den Boden zu entziehen, Anerkennung und Unterstützung zu verstärken. Die Familiengründung darf für junge Menschen kein Ziel sein, dass ständig in die Zukunft verschoben wird, mit dem Ergebnis, dass die Partnerschaften nicht mehr ausreichend prägt. Der Aussage „fehlende Partner“ entsteht als Summe von Einflüssen und Erfahrungen, zu denen auch eine unzureichende Unterstützung der Familien gehört.

deutlich, wie dramatisch die Konsumpotentiale der einkommensstärkeren Eltern sich von denen der „Nicht-Eltern“ unterscheiden. Es ist unverständlich, wa-

rum dieses Gerechtigkeitsproblem vielfach noch immer verdrängt wird. Man kann den Spieß umdrehen und es als politisch unfair bezeichnen, dass Einkommen, das von Eltern für die Kinder aufgewendet wird und aufgewendet werden muss, dennoch weitgehend regulär besteuert wird. Die Ausgaben für Kinder erhalten gleichen Status wie Ausgaben für Hühnereier und Urlaubsreisen. Kinder werden im Steuerrecht fast zu einem privaten Konsumgut unter vielen.

Eine Geburtenpolitik führt in ihren Zielsetzungen und Methoden über eine Gleichstellungspolitik hinaus, denn sie will Menschen dazu anregen, mehr Kinder als ihren bisherigen Planungen entspricht in die Welt zu setzen. Das Risiko der Mitnehmereffekte ist hoch. Eine spezielle Geburtenpolitik muss deshalb sehr spezialisiert ansetzen. Hohe Kinderfreibeträge für das dritte Kind und jedes weitere Kind könnten effektive Anreize sein. Im äußersten Fall könnten Kinder durch staatliche Anreize zu einem rentablen Investitionsgut werden. Allerdings kann eine solche Politik auch in eine Sackgasse führen, weil ein solcher familienpolitischer Deal eine neue Rechenhaftigkeit stützt. Wertewandel und eine stärkere Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft wären auf Dauer wichtiger. Eine verbesserte Lebensökonomie sollte Ergebnis einer stärkeren Anerkennung und Achtung der Familien sein – kein Tauschhandel um höhere Geburten.

Auch die Abwertung der Familien zu einer Lobbygruppe unter vielen müsste auf das Selbstwertgefühl der Familien zurückwirken. Erforderlich sind öffentliche Anerkennung und wertende Unterstützung. Erforderlich wird eine Lebensökonomie für mehr Handlungsspielraum in der Gestaltung der Familien: durch Netzwerke, in denen die Familien eingebunden sind und in denen Unternehmen, Nachbarschaften, Kommunen, Schulen, private Selbsthilfegruppen und andere Mitverantwortung für Kinder übernehmen, damit die Eltern sich eingebettet fühlen, weil Andere materielle Verantwortung für die Familien mit übernehmen und Eltern entlasten, insbesondere die Sorge einer Überforderung durch hohe Risiken mindern.

Ausgleichend wäre eine Politik, die dazu beiträgt, die Arbeitsmarktposition der Eltern zu stärken. Niedrig qualifizierte Eltern könnten Steuergutschriften erhalten, wenn ihre Löhne nicht ausreichen, um ein angemessenes Einkommensniveau zu erreichen. Ihre Chancen würden steigen, weil sie sich am Arbeitsmarkt preiswerter anbieten können. Ein solcher Kombilohn ließe sich natürlich auf Dauer auch auf andere Gruppen ausweiten. Das Beispiel Großbritanniens zeigt, welche nachhaltigen Wirkungen am Arbeitsmarkt zu Gunsten der Begünstigten entstehen.

Es liegt auf der Hand, dass solche Veränderungen in den Fundamenten Zeit brauchen. Wir sollten uns erinnern, dass die Intimisierung der persönlichen Partnerschaftsbeziehungen zwischen jungen Menschen Ende des 18. Jahrhunderts begann und nahezu ein Jahrhundert benötigte. Die Emanzipation der

Frauen war ebenfalls ein Jahrhundertprozess, die der Männer sollte rascher ablaufen. So wie die Frauen heute im Beruflichen ihren Mann stehen müssen, sollten die Männer künftig in der Familien ihre „Frau stehen“. Diese doppelte Emanzipation kann eine neue Balance bringen. .

Eine Wettbewerbsgesellschaft muss in einer breit angelegten Work-Life-Balance-Bewegung Anforderungen im Arbeitsleben zurückschrauben, die nur bei ständigen Überstunden, beliebiger räumlicher Mobilität oder durch wiederkehrende Zurückstellung privater Bedürfnisse und Pflichten erfüllt werden können. Erst durch eine solche umfassende Strategie der Achtung und Anerkennung der Bedürfnisse von Familien wird auch die gesellschaftliche Bewertung der Familien wieder steigen. Eine solche Aufwertung und Umwertungsstrategie bedeutet eine unbewältigte Herausforderung, die in dieser Dimension in keinem anderen Bereich besteht. Die Familienpolitik wird zur Grundlagenpolitik der Gesellschaft schlechthin. Familien bauen die künftige Gesellschaft. Durch eine Armut an Kindern würde die Gesellschaft verarmen und veröden.